

Zusammenfassung

Studie zur Stärkung der Verbraucher für den grünen Wandel

© Europäische Union, 2022

Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt. Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen einer Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC-BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

Abstract

Diese vorbereitende Studie lieferte Nachweise für die GD JUST „Initiative zur Stärkung der Verbraucher für den grünen Wandel“, die darauf abzielt, die Verbraucherinformation zu verbessern und den Verbraucherschutz gegen Geschäftspraktiken zu stärken, die den Zielen des Green Deal und der CEAP zuwiderlaufen, sowie für andere künftige politische Entwicklungen der GD JUST im Bereich des grünen Wandels.

In der Studie wurden die Hauptprobleme ermittelt, die Verbraucher derzeit daran hindern, umweltverträglicheres und nachhaltigeres Konsumverhalten anzunehmen und am grünen Wandel teilzunehmen. Zwei wurden im Rahmen von Forschungsarbeiten und Konsultationen eingehend analysiert: 1. Den Verbrauchern fehlt es an Informationen, um einen Beitrag zum grünen Wandel zu leisten; und 2. Verbraucher stehen manchmal vor unzuverlässigen Informationen oder Praktiken, die sie daran hindern, zum grünen Wandel beizutragen.

Die Studie erstellte eine lange Liste möglicher Maßnahmen, die durch eine Bestandsaufnahme von Initiativen auf nationaler Ebene sowie umfangreiche Konsultationen identifiziert wurden. Anschließend wurde jede Maßnahme aufgrund ihrer erwarteten Durchführbarkeit, Durchsetzbarkeit, Kohärenz, Wirksamkeit und Effizienz entweder verworfen oder zur weiteren Analyse einbehalten. Für jedes Teilproblem wurde ein reduziertes Maßnahmenpaket anhand von 16 Teilkriterien eingehend analysiert und sowohl qualitativ als auch anhand einer Multikriterienanalyse verglichen. Die Auswirkungen der Optionen, die (teilweise) monetarisierbar waren, wurden anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse verglichen.

Zusammenfassung

Einführung

Die weltweiten ökologischen Schulden sind seit den 1900er Jahren stetig und stark gestiegen, wobei sich der weltweite Verbrauch an Materialressourcen im Zeitraum 1900–2015 vervierzehnfacht hat. Bis 2050 soll er sich mehr als verdoppelt haben.

Die Europäische Kommission erkennt an, dass der Klimawandel und die Umweltzerstörung existenzielle Bedrohungen für Europa und die Welt darstellen. Um diese Herausforderungen zu meistern, veröffentlichte die Kommission den Europäischen Green Deal, einen Aktionsplan zur Förderung der effizienten Nutzung von Ressourcen durch den Übergang zu einer sauberen Kreislaufwirtschaft, zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und zur Verringerung der Umweltverschmutzung. Der Green Deal zielt darauf ab, die Wirtschaft der EU nachhaltig zu gestalten, wobei die Union bis 2050 der erste klimaneutrale Teil der Welt wird. Einige der zahlreichen Maßnahmen, die im europäischen Green Deal vorgesehen sind, zielen insbesondere darauf ab, Unternehmen zu ermutigen, wiederverwendbare, langlebige und reparierbare Produkte anzubieten – und es den Verbrauchern zu ermöglichen, sich dafür zu entscheiden. Genauer gesagt sieht der Green Deal eine neue Verbraucherrechtsinitiative vor – die „Initiative zur Stärkung der Verbraucher für den grünen Wandel“, um die Verbraucherinformation zu verbessern und den Verbraucherschutz gegen Geschäftspraktiken zu stärken, die den Zielen des Green Deal und der CEAP zuwiderlaufen.

Diese vorbereitende Studie wurde zwischen Januar 2020 und Juli 2021 durchgeführt und trug dazu bei, eine Evidenzbasis für diese Initiative und andere künftige politische Entwicklungen der GD JUST im Bereich des grünen Wandels zu schaffen. Das Hauptziel bestand darin, bestehende Probleme und ihr Ausmaß sowie ihre Folgen zu analysieren, wenn sie nicht behoben werden. Anschließend wurden verschiedene Maßnahmen auf EU-Ebene ermittelt und geprüft, um diese Probleme zu lösen, indem ihre Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz bewertet wurden.

Die Hauptaufgaben der Studie waren:

- **Ermittlung des Ausmaßes des Problems** durch verschiedene Forschungstätigkeiten, einschließlich einer umfassenden Überprüfung der einschlägigen Dokumentation, Literatur und der Ergebnisse des Feedbacks zur Folgenabschätzung in der Anfangsphase und einer öffentlichen Konsultation (OPC), einer Mystery-Shopping-Übung und umfangreicher Konsultationen der Interessenträger. Letztere umfasste eine Verbraucherumfrage mit mehr als 11.500 Verbrauchern, halbstrukturierte Interviews und zwei Umfragen (einschließlich einer Umfrage über computergestützte Telefoninterviews (CATI) mit Produzenten und Einzelhändlern (sowohl Großunternehmen als auch KMU)) und halbstrukturierte Interviews und Workshops mit Handels-, Unternehmens- und Berufsverbänden, die Produzenten und Einzelhändler und auch den Reparatursektor vertreten, Verbraucherorganisationen und -gruppen, Nichtregierungsorganisationen (einschließlich der Vertretung sozialer, ökologischer und anderer Interessen), Zertifizierungs- und Kennzeichnungssysteme, lokale, nationale und internationale öffentliche Behörden, Forscher und Wissenschaftler, andere öffentliche oder gemischte Einrichtungen sowie Sachverständigengruppen der Kommission.
- **Zuordnung möglicher Lösungen/politischer Maßnahmen**, die die Identifizierung und Bewertung von mehr als 340 Initiativen auf nationaler Ebene (in den 27 EU-Mitgliedstaaten (EU-27) sowie im Vereinigten Königreich (UK), in den Vereinigten Staaten (USA), in Neuseeland und in Südkorea) umfassten, die speziell darauf abzielen, die Teilnahme der Verbraucher am Übergang zu einer umweltfreundlicheren oder kreislauforientierten Wirtschaft zu erleichtern/zu erhöhen. Darüber hinaus wurden auch relevante multinationale Initiativen analysiert.
- **Identifizierung möglicher politischer Maßnahmen**. Der Prozess der Entwicklung politischer Maßnahmen begann mit der Festlegung und Entwicklung relevanter politischer Ziele, gefolgt von der Erstellung einer umfassenden Liste potenziell

interessanter Maßnahmen im Rahmen der Initiative der GD JUST. Bei der Auswahl politischer Maßnahmen für weitere Untersuchungen wurden die zu erwartende Durchführbarkeit, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz untersucht. Dabei stützte man sich auf Expertenbeiträge und wurde von der GD JUST geleitet.

- **Bewertung der Politik.** Die Auswirkungen der für eine eingehende Analyse ausgewählten Maßnahmen/Optionen wurden anhand von 16 Schlüsselkriterien bewertet und anschließend gemäß den Leitlinien für eine bessere Rechtsetzung verglichen. Die erwarteten Auswirkungen wurden nach Möglichkeit monetarisiert. Dies war jedoch aufgrund methodischer Herausforderungen und unzureichender quantitativer Nachweise nicht für alle Auswirkungen möglich. Um also nicht nur anhand einer Untergruppe von Auswirkungen (die monetarisierbar sind) zu beurteilen, wurde eine Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) durchgeführt und in eine Multikriterienanalyse integriert, bei der die monetarisierbaren Auswirkungen durch immaterielle Auswirkungen ergänzt und mit diesen verglichen wurden (Bewertung anhand einer Skala von 0 bis 10), um einen vollständigen Vergleich zu ermöglichen.

Einschränkungen

Die wesentlichen Einschränkungen dieser Studie beziehen sich auf i) einen sehr breiten Anwendungsbereich sowohl in Bezug auf Probleme als auch auf Produkte, die abgedeckt werden sollen, ii) eine begrenzte Verfügbarkeit von Daten für einige Produktkategorien (z. B. nicht energieverbrauchende Produkte) und Geschäftspraktiken (z. B. Prävalenz der absichtlichen Obsoleszenz), iii) eine begrenzte Reaktionsfähigkeit auf die Konsultation der Interessenträger auch aufgrund der Covid-19-Situation und des Zeitpunkts der Studie (Beratungen im Sommer 2020), iv) methodische Herausforderungen bei der Monetarisierung immaterieller Auswirkungen.

Die Rücklaufquote bei der Konsultation der Interessenträger war niedriger als ursprünglich vorgesehen. Insbesondere die Branchenumfrage wies trotz mehrerer Erinnerungen und Verlängerungen des Befragungszeitraums eine niedrige Rücklaufquote auf. Die Daten zu den potenziellen Kosten der Maßnahmen wurden daher größtenteils von einer begrenzten Anzahl von Herstellern und Einzelhändlern im Rahmen von Interviews erhoben.

Die begrenzte Verfügbarkeit von Daten wirkte sich zumeist auf die Bewertung einiger Maßnahmen für ein breiteres Spektrum von Produkten (d. h. energieverbrauchende und nicht energieverbrauchende Produkte) und die genaue Quantifizierung des Nutzens und der Kosten der Maßnahmen aus.

Eine der Optionen (Option 1.3.E) wurde ermittelt und ausgewählt, um später von der GD JUST eingehend analysiert zu werden. Die Studie verfügte nicht über ausreichende Nachweise, um eine angemessene Bewertung zu ermöglichen, und sie musste sich auf die von der GD JUST zugewiesene Bewertung und die von ihr vergebenen Scores stützen.

Die beiden Hauptproblembereiche

Diese Studie deckte vier Probleme ab, die Verbraucher daran hindern, ein nachhaltigeres Konsumverhalten anzunehmen: Problem 1: Den Verbrauchern fehlen zuverlässige Informationen, um umweltverträgliche Einkäufe zu tätigen; Problem 2: Verbraucher sehen sich irreführenden Praktiken in Bezug auf nachhaltige Käufe gegenüber; Problem 3: Schwierigkeiten bei der Reparatur von Produkten und Problem 4: Herausforderungen im Zusammenhang mit der Wiederverwendung und Weitergabe von Produkten. Die ersten beiden Probleme beziehen sich auf die Rechtsinitiative der GD JUST und werden im Hauptteil des Berichts eingehend analysiert, während die anderen beiden Probleme im Anhang weniger detailliert analysiert wurden.

Problem 1 bezieht sich auf Verbraucher, wenn sie Produkte vergleichen und Kaufentscheidungen treffen, denen es häufig an zuverlässigen Informationen über die Umwelteigenschaften, die Lebensdauer und die Reparaturoptionen der Produkte fehlt. Ohne diese Informationen können Verbraucher die Gesamtkosten des Verbrauchs oder Nachhaltigkeitsaspekte bei der Entscheidung, welche Produkte gekauft werden sollen, nicht angemessen berücksichtigen. Dieser Mangel an Informationen hat verschiedene

Konsequenzen: potenzielle Nachteile und Frustration der Verbraucher, suboptimales Angebot von Produkten mit überlegenen Umwelteigenschaften, längerer Lebensdauer und höherem Reparaturpotenzial, sowie die nicht realisierte Reduzierung negativer Umwelt- und Klimaauswirkungen des Verbrauchs.

Die Ergebnisse der Verbraucherumfrage stehen im Einklang mit den Ergebnissen des OPC und den Erkenntnissen aus der Literatur und zeigen, dass Verbraucher den Mangel an Informationen über die Nachhaltigkeit von Produkten (29 %) und den Mangel an Informationen über die Reparierbarkeit von Produkten (27 %) als wichtige Hindernisse betrachten, die sie daran hindern, nachhaltigere Konsumgewohnheiten anzunehmen. Weniger Befragte (17 %) empfanden den Mangel an Informationen über die erwartete Lebensdauer der Produkte als wichtiges Hindernis, obwohl ein höherer Anteil (30 %) den Nutzen des Erhalts von Informationen über die garantierte Lebensdauer eines Produkts anerkannte, gefolgt von Informationen über den ökologischen und klimatischen Fußabdruck während des Lebenszyklus eines Produkts (30 %) und Informationen, die für die Nachhaltigkeit eines Produkts stehen (26 %).

Dieses Problem umfasst drei Unterprobleme. **Unterproblem 1.1:** Informationen über die Umwelteigenschaften von Produkten sind nicht für alle Produkte in der EU ausreichend und einheitlich verfügbar. Wenn Informationen verfügbar sind, stellen Unternehmen diese auf unterschiedliche Weise dar, von vage (siehe Unterproblem 2.2 unten) bis hin zu auf mehreren Methoden und/oder Annahmen basierend, wobei das Verständnis oder die Fähigkeit der Verbraucher, leicht zu vergleichen, erschwert wird. Diese Informationen für alle Produkte einheitlich zu haben, ist wichtig für etwa 85 % der Verbraucher, die angeben, dass sie umweltfreundliche Produkte kaufen möchten. Die Tatsache, dass diese Informationen nicht durchgängig für alle Produkte in vergleichbarer Weise zur Verfügung stehen, hindert Verbraucher daran, die Umwelteigenschaften von Produkten bei ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Dies wird voraussichtlich zu suboptimalen Kaufentscheidungen führen, sowohl aus Sicht des Einzelnen als auch aus Sicht der Gesellschaft, mit Konsequenzen für den Markt und die Umwelt. **Unterproblem 1.2:** Nachweise zeigen, dass Informationen über die erwartete Lebensdauer von Gütern (Lebensjahre, Betriebsstunden, Anzahl der Zyklen usw.) den Verbrauchern nicht umfassend zur Verfügung gestellt werden und dass die Laufzeit der gewerblichen Garantien (die garantierte Lebensdauer) oft nicht weit über die gesetzliche Garantie hinausgeht. Es gibt Hinweise darauf, dass Verbraucher daran interessiert wären, Informationen über die Lebensdauer von Waren zu erhalten, und dass ein erheblicher Anteil der Verbraucher daran interessiert ist, Produkte mit einer längeren Lebensdauer zu kaufen und bereit ist, dafür zusätzliche Kosten zu zahlen. Die Tatsache, dass Informationen über die Lebensdauer nicht durchgängig für alle Güter in vergleichbarer Weise zur Verfügung stehen, hindert Verbraucher daran, die Lebensdauer von Gütern in ihrem Entscheidungsprozess zu berücksichtigen. Dies dürfte aus Sicht des Einzelnen (Verbraucher kaufen Waren mit höheren effektiven Gesamtverbrauchs-kosten als vergleichbare Alternativen) und aus Sicht der Gesellschaft zu suboptimalen Kaufentscheidungen führen. **Unterproblem 1.3:** Informationen über die Verfügbarkeit von Reparaturdiensten, Ersatzteilen und Reparaturhandbüchern von Waren sowie über die Software-Update-/Upgrade-Richtlinie werden Verbrauchern am Point of Sale nicht umfassend zur Verfügung gestellt. Es gibt wieder Hinweise darauf, dass Verbraucher daran interessiert sind, diese Informationen zu erhalten, und dass einige bereit wären, beschädigte Waren zu reparieren, anstatt sie zu ersetzen (sofern die Reparaturkosten nicht zu hoch sind) und zusätzliche Kosten zu zahlen, um Produkte mit besserer Reparaturfähigkeit zu erhalten. Wenn Verbrauchern diese Informationen nicht zur Verfügung stehen, kann dies zu einer nicht optimalen individuellen Auswahl führen, da Verbraucher unwissentlich Waren kaufen, die möglicherweise schwieriger zu reparieren sind oder schlechtere Software-Update-/Upgrade-Richtlinien haben als die verfügbaren Alternativen. Auch aus Sicht der Gesellschaft ist der Ersatz von Waren anstelle der Reparatur eine nicht optimale Wahl.

Problem 2 bezieht sich auf viele Verbraucher, die derzeit mit Geschäftspraktiken konfrontiert sind, die sie über die Nachhaltigkeit (einschließlich der Lebensdauer) von Produkten verwirren und/oder falsch informieren. Dies schafft Misstrauen bei den Verbrauchern und verringert das Interesse der Verbraucher am Kauf nachhaltigerer Produkte. Drei Hauptkategorien von Geschäftspraktiken wurden in verschiedenen Studien identifiziert und durch die Ergebnisse des OPC, der im Rahmen dieser Studie durchgeführten Verbraucherbefragung und der gezielten Konsultation öffentlicher Behörden bestätigt. **Unterproblem 2.1.** Vorzeitige Überalterung: Entwicklung von Waren (insbesondere langlebige Konsumgüter), die (a) vorzeitig ausfallen (Waren sind bewusst so konzipiert, dass sie nicht so lange halten, wie der durchschnittliche Verbraucher erwarten würde), oder (b) durch schlechte Herstellung, Materialauswahl usw. ausfallen. Der – früher als man es erwarten würde – Ausfall von Produkten ist ein wachsendes Problem für Verbraucher, Verbraucherorganisationen und Nichtregierungsorganisationen. Obwohl Evidenz oft anekdotisch und in der wissenschaftlichen Literatur nur schwer zu finden ist, deuten verfügbare Studien darauf hin, dass bestimmte Konsumgüter nicht auf eine lange Lebensdauer ausgelegt sind und/oder eine kürzere Lebensdauer als in der Vergangenheit haben. Dieses Problem betraf zwischen 10,5 % und 13,9 % der befragten Verbraucher (je nach dem Schwellenwert, der für die Definition eines vorzeitigen Versagens verwendet wurde – d. h. Versagen 60 %, 75 % oder 90 % früher als die erwartete Lebensdauer). Selbst wenn eine vorzeitige Überalterung (geplant oder nicht) nur von wenigen Unternehmen oder für einige Arten von Gütern (wie von Branchenverbänden angegeben) praktiziert wird, kann dies erhebliche Auswirkungen auf Verbraucher, Markt und Umwelt haben. Nämlich den Nachteil der Verbraucher, dass sie mehr zahlen, als sie bereit wären, für eine „effektive“ Lebensdauer von Waren mit vorzeitiger Überalterung zu zahlen, und sie persönlich unter Nachteilen leiden, die mit der Notwendigkeit zusammenhängen, die Waren früher zu reparieren und/oder zu ersetzen, als sie es vernünftigerweise hätten erwarten können, als sie das Produkt gekauft haben; ungleiche oder fehlende Wettbewerbsbedingungen und Schäden für den Binnenmarkt, da Produkte mit geplanter und vorzeitiger Überalterung billiger in der Herstellung sein können und mit anderen Waren im Preis konkurrieren können, da die Verbraucher sich der effektiven Unterschiede in der Lebensdauer/Qualität der Waren nicht bewusst sind; und Umweltbelastungen, da die Produkte häufiger ersetzt werden müssen und das Potenzial für Kreislaufwirtschaft (Wiederverkauf und Wiederverwendung) verringert wird. **Unterproblem 2.2.** Verbraucher sehen sich mit der irreführenden Praxis konfrontiert, unklare oder schlecht begründete ökologische Behauptungen zu machen, und werden zunehmend verwirrt und misstrauen diesen Behauptungen. Einige aktuelle Studien und Berichte haben gezeigt, dass die Zahl der Umweltaussagen in Werbung und auf Produkten hoch ist und möglicherweise zunimmt, zumindest in bestimmten EU-Ländern. Diese Geschäftspraxis nutzt Informationsversagen aus, da die Verbraucher über die Umweltauswirkungen von Produkten unvollkommene Informationen und weniger Informationen haben als Anbieter (d. h. asymmetrische Informationen). Diese Ungleichheit verzerrt den Markt und führt unmittelbar zu Nachteilen für die Verbraucher, zu ungleichen oder fehlenden Wettbewerbsbedingungen, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes untergraben, sowie zu negativen Auswirkungen auf Umwelt und Klima. **Unterproblem 2.3** Eine Zunahme der Praxis der Verwendung von Nachhaltigkeitskennzeichnungen und digitalen Informationsinstrumenten, die Verbraucher über verschiedene wirtschaftliche, soziale und ökologische Vorteile von Produkten hinweisen/informieren, die unterschiedliche operative Ansätze verfolgen und unterschiedlichen Kontrollniveaus unterliegen (z. B. Selbstfestsetzung oder Abhängigkeit von einem externen Bescheinigungsverfahren, Unabhängigkeit und Gründlichkeit des Überwachungs- und Prüfungsverfahrens). Nachweise zeigen, dass die Koexistenz von Etiketten mit unterschiedlichem Maß an Transparenz, Zuverlässigkeit und Klarheit, die Verbraucher nur schwer interpretieren, vergleichen und überprüfen können, sich negativ auf Kaufentscheidungen auswirken, Verbraucherverwirrung erzeugen und das Vertrauen der Verbraucher (und damit die Wirksamkeit solcher Systeme) verringern kann. Folglich behindert die Verbreitung von Etiketten die Wirksamkeit von Nachhaltigkeitslabels, indem sie die Verbraucher zu einem nachhaltigeren Verbrauch führen, den Wettbewerb

schädigen, möglicherweise von Nachhaltigkeitsbemühungen abschrecken und zu vermeidbaren Umweltauswirkungen führen.

Die Entwicklung dieser Probleme wird von der Interaktion zwischen verschiedenen Kräften abhängen. Jüngste Trends zeigen, dass immer mehr Mitgliedstaaten Rechtsvorschriften eingeführt haben oder einführen werden, um einige der beschriebenen Unterprobleme zu lösen. Diese Gesetzesinitiativen könnten zwar dazu beitragen, einige der Folgen dieser Probleme zu verringern, sie werden aber auch zu uneinheitlichen Vorschriften in der gesamten EU führen, die Probleme mit dem Wettbewerb und den gleichen Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt verschärfen und die grenzüberschreitende Durchsetzung einschränken. Zwei Initiativen auf EU-Ebene – die Initiative zur Untermauerung grüner Ansprüche und die Initiative für nachhaltige Produkte – werden derzeit bewertet und entwickelt, die – sofern sie umgesetzt werden – dazu beitragen werden, das Ausmaß einiger Unterprobleme bei einigen Produktkategorien zu minimieren. Ungeachtet der derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen wird erwartet, dass in naher Zukunft alle Probleme in der gesamten EU bestehen bleiben werden.

Überblick über die politischen Optionen

Gemäß den Leitlinien für bessere Rechtsetzung wurden die vielversprechendsten Maßnahmen/Optionen zur Lösung der verschiedenen Probleme und Unterprobleme ermittelt. Diese Maßnahmen wurden anschließend bewertet und beibehalten oder nach iterativen Bewertungsschritten verworfen, in denen das Feedback der Interessenträger und das Expertenurteil zu ihrer Durchführbarkeit, Relevanz, Wirksamkeit und Kohärenz im Rahmen der Initiative der GD JUST „Stärkung der Verbraucher für den grünen Wandel“ berücksichtigt wurden. Die meisten nachfolgend beschriebenen Maßnahmen wurden nach diesem Prozess beibehalten. Die im Rahmen dieser Initiative verworfenen Maßnahmen könnten potenziell im Zusammenhang mit anderen Initiativen interessant sein, z. B. Initiativen, die einen produktspezifischen Ansatz verfolgen oder darauf abzielen, den Herstellern Verpflichtungen (anstelle von Händlern/Verkäufern) aufzuerlegen.

Die Bewertung der politischen Optionen umfasste eine qualitative und quantitative Bewertung der Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz jeder Option. Die Monetarisierung der Kosten (Verwaltungsaufwand, materielle Befolgungskosten und Durchsetzungskosten) und des Nutzens (Verbrauchernachteil und Überschuss und Klimawandel) wurde für die meisten betrachteten Maßnahmen durchgeführt (bei Maßnahmen im Zusammenhang mit Problem 1 und Unterproblem 2.1 jedoch nur für den begrenzten Teilsektor Güter – Haushaltsgroßgeräte, Haushaltskleingeräte, IKT und andere elektronische Produkte). Eine Multikriterienanalyse (unter Verwendung des „nichtlinearen/nichtkompensatorischen Ansatzes“, der in Tool Nr. 63 der Leitlinien für bessere Rechtsetzung beschrieben ist) wurde durchgeführt, um die Rangfolge der Optionen innerhalb jedes Unterproblems zu vergleichen.

Die politische Option 0 besteht aus dem Ausgangsszenario, in dem keine Intervention im Rahmen der Initiative der GD JUST ergriffen wird und die festgestellten Probleme in den nächsten 15 Jahren oder länger (meist) unverändert bleiben (oder in dem Fall, dass die ehrgeizigsten politischen Optionen, die von der Initiative zur Untermauerung grüner Forderungen und der Initiative für nachhaltige Produkte geprüft werden, umgesetzt werden, nicht vollständig angegangen werden).

Unterproblem 1.1: Keine der ermittelten Optionen zur Lösung des Unterproblems 1.1 wurde für weitere Analysen beibehalten, da sie im Rahmen der Initiative GD JUST als wenig machbar eingestuft wurden.

Unterproblem 1.2: Option A. Verpflichtung der Verkäufer, die Verbraucher über die erwartete Lebensdauer der Produkte zu informieren, wobei die Verkäufer frei über die genaue Methode zur Bewertung der erwarteten Lebensdauer der Produkte entscheiden können (es würden also keine gemeinsamen Leitlinien und Annahmen festgelegt). **Option B.** Verpflichtung zur Information der Verbraucher über das Bestehen (oder Nichtvorhandensein) und die Dauer der kommerziellen Garantie eines Herstellers für die

Haltbarkeit. **Option C.** Verpflichtung zur Information der Verbraucher über das Bestehen (oder Nichtvorhandensein) einer kommerziellen Garantie eines Herstellers für die Haltbarkeit und den Zeitraum, in dem kostenlose Software-Updates von den Herstellern bereitgestellt werden. Der Gesamtvergleich der Optionen unter Verwendung einer Multikriterienanalyse zeigt, dass in allen betrachteten Szenarien die Rangfolge der Optionen mit der höchsten Bewertung ist: Option C, Option B, Baseline, Option A. Die Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse zeigen, dass die Rangfolge der Optionen mit der höchsten Bewertung in allen geprüften Gewichtsszenarien unverändert bleibt.

Unterproblem 1.3: Option A. Bereitstellung aktualisierter, benutzerfreundlicher Reparatur- und Benutzerhandbücher; **Option B.** Bereitstellung von Informationen über die verfügbaren Ersatzteile und den Zeitraum ihrer Verfügbarkeit; **Option C.** Bereitstellung von Informationen über die Verfügbarkeit von Reparaturdiensten; **Option D.** Repairability Scoring Index und **Option E** Bereitstellung eines Repair Scoring Index oder anderer relevanter Reparaturinformationen auf der Grundlage der Verfügbarkeit (diese Maßnahme wurde von der GD JUST zu einem späteren Zeitpunkt der Studie identifiziert und bewertet). Der Vergleich der Optionen mithilfe der Multikriterienanalyse zeigt, dass im Standardszenario das Ranking der Optionen mit dem höchsten Score wie folgt lautet: Option E, Option B, Option D, Baseline, Option C. Die Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse haben ergeben, dass das Ranking für die Hälfte der betrachteten Szenarien unverändert bleibt.

Unterproblem 2.1: Option A. Informationen über akkumulierte Nachweise für frühere Ausfälle von auf dem Markt befindlichen Produkten, und **Option B.** Verbot bestimmter identifizierter Praktiken im Zusammenhang mit vorzeitiger Obsoleszenz. Der Vergleich der Optionen mithilfe einer Multikriterienanalyse zeigt, dass in allen betrachteten Szenarien die Rangfolge der Optionen mit der höchsten Punktzahl die folgende ist: Option B, Option A, Baseline.

Unterproblem 2.2: Option A. Verbot nicht belegter allgemeiner Aussagen zur Umweltleistung von Produkten; **Option B.** Verbot von Umweltsprüchen, die nicht eine Reihe von Mindestkriterien erfüllen; und **Option C.** Kombination von Option A und Option B. Der Vergleich der Optionen mithilfe einer Multikriterienanalyse zeigt, dass im Standardszenario die Rangfolge der Optionen mit der höchsten Punktzahl ist: Option C, Option A, Option B, Baseline. Die Rangfolge der Optionen bleibt für alle in der Sensitivitätsanalyse betrachteten Szenarien, einschließlich des Worst-Case-Szenarios, unverändert.

Teilproblem 2.3: Option A. Von der EU geleitete freiwillige Initiative zur Entwicklung von Mindestkriterien für Nachhaltigkeitskennzeichnungen und digitale Informationsinstrumente; **Option B.** Einführung von Mindestanforderungen im EU-Recht, die von den Nachhaltigkeitskennzeichnungen und digitalen Informationsinstrumenten erfüllt werden müssen, mit Ex-post-Durchsetzung durch Verbraucherschutzorganisationen; und **Option C.** Einführung obligatorischer Ex-ante-Konformitätsbewertungen durch eine EU-Einrichtung für Nachhaltigkeitskennzeichnungen und digitale Informationsinstrumente. Der Vergleich der Optionen mittels Multikriterienanalyse zeigt, dass die Rangfolge der Optionen mit der höchsten Punktzahl aller Szenarien, einschließlich des Default-Szenarios und des Worst-Case-Szenarios, ist: Option B, Option C, Baseline, Option A.

